

Interpellation Manser-Rorschach / Widmer-Wil vom 26. November 2003
(Wortlaut anschliessend)

Einsatz von Linux/Unix Server in der Verwaltung des Kantons St.Gallen?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. Januar 2004

Wendelin Manser-Rorschach und Andreas W. Widmer-Wil verweisen in einer Interpellation, die sie in der Novembersession 2003 einreichten, auf Open-Source-Software, als kostengünstigere Alternative zu den bestehenden Microsoft-Systemen. Sie machen überdies geltend, dass damit eine grössere Herstellerunabhängigkeit und mehr Wettbewerb im Softwaremarkt erreicht werden könne. Sie stellen in diesem Zusammenhang verschiedene Fragen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

1. In der kantonalen Verwaltung werden derzeit Linux-Systeme wie folgt eingesetzt: fünf Linux-Partition auf der Plattform IBM z/800 für diverse Host-Applikationen, Linux als Büroautomations-Betriebssystem für die Thin-Clients in der Zentralverwaltung (z.Zt. 600 Stück, Ausbau auf 1'050 im Jahr 2004), Wicon-Tool beim Amt für Wirtschaft (Kundendatenverwaltung), Zentrale Datenbank für Umweltschutzdaten, diverse Linux-Systeme im Webbereich, diverse Linux-Systeme im Schulbereich. Nebst Linux wird das Betriebssystem Unix für die Bibliothekssoftware und als SAP-Plattform verwendet.

Die Zusammenstellung zeigt, dass Anwendungen, welche auf dem Betriebssystem Linux bzw. auf Unix laufen, in der Verwaltung des Kantons St.Gallen einen erheblichen Anteil ausmachen.

2. Für einen Totalumstieg vom Betriebssystem Windows auf Linux gibt es derzeit keine Pläne. Insbesondere im Bereich der Büroautomation wäre eine diesbezügliche Planung mit der gleichzeitigen Umstellung von Office auf OpenOffice in Erwägung zu ziehen. Nachdem in früheren Jahren in der kantonalen Verwaltung verschiedene Büroautomationssysteme im Einsatz waren, kommt heute das Office-Programm flächendeckend zum Einsatz. Damit ist ein vorbehaltloser Dokumentenaustausch unter Verwaltungsstellen möglich. Aus dieser Erfahrung ist bekannt, welch grosse Anstrengungen und damit auch welch hohe Umstellungskosten eine flächendeckende Vereinheitlichung der Büroautomation bei über 9'000 EDV-Arbeitsplätzen erfordert. Die nun erreichte Homogenität der Büroautomation sollte deshalb nur verlassen werden, wenn dieser Zustand sehr schnell zu vertretbaren Kosten wieder erreicht werden kann.

Zur Maximierung ihrer Einnahmen hat Microsoft die Lizenzmodelle immer wieder zu ihren Gunsten angepasst. Alle ein bis zwei Jahre bringt diese Firma neue Programm-Versionen auf den Markt, welche von den Kunden wieder neu gekauft werden müssen. Zudem unterstützt Microsoft jeweils nur noch die aktuelle Version und die Vorgängerversion einer Software, wodurch die Kunden faktisch gezwungen werden, diese Versionserneuerungen mitzumachen. Um entsprechende Migrationskosten zu sparen, lässt der Kanton St.Gallen in der Regel zwei bis drei Versionsschritte aus. Mit dieser Strategie müssen entsprechende Supportrisiken und eine sinkende Benutzerakzeptanz in Kauf genommen werden.

3. Aufgrund der Erfahrungen mit der Büroautomation im Bereich der Zentralverwaltung beträgt der Anteil der Lizenzkosten 3 bis 5 Prozent der jährlichen Büroautomationskosten. Bei Verwendung einer kostenlosen Software für das Betriebssystem und die Büroautoma-

tionssoftware könnte dieses jährliche Sparpotential ausgeschöpft werden. Im Sinn einer Investition in die neue Strategie müssten Mehrkosten für die erstmalige Umstellung von Windows/Office auf Linux/OpenOffice in Kauf genommen werden. Die Höhe dieser Kosten kann nur durch eine entsprechende Studie verlässlich ermittelt werden.

Für den Betrieb von Fachanwendungen sind im Kanton St.Gallen verschiedene Betriebssysteme im Einsatz. Diese Lösungen werden grundsätzlich eingekauft und auch der Betrieb der Anwendungen erfolgt im Normalfall durch Dritte. Bei diesem Outsourcing von Informatikleistungen steht das verwendete Betriebssystem nicht im Vordergrund. Es ist vielmehr dem Anbieter überlassen, welches Betriebssystem bei ihm einerseits unter Wirtschaftlichkeitsaspekten und andererseits aufgrund seiner Produktstrategie zur Anwendung kommt. Die Beschaffung der Informatiklösungen erfolgt hauptsächlich unter Wirtschaftlichkeitsaspekten. Die Gesamtbeurteilung des Angebots geht somit einer Teilbetrachtung für das Betriebssystem vor.

27. Januar 2004

Wortlaut der der Interpellation 51.03.79

Interpellation Manser-Rorschach / Widmer-Wil: «Einsatz von Linux/Unix Server in der Verwaltung des Kantons St.Gallen?»

Der Einsatz von Informatikmitteln und insbesondere deren Software kostet den Kanton St.Gallen jährlich viel Geld. Die Lizenzkosten, aber auch Betriebs- und Wartungskosten sind enorm.

Als kostengünstigere Alternative zu den bestehenden Microsoft-Systemen bietet sich zunehmend Linux-Software an, welche als freie und Open-Source-Software (Foss) in aktuellen Marktstudien anerkannt wurde. Auf Grund von ökonomischen und insbesondere auch demokratiepolitischen Überlegungen haben sich nicht nur viele Unternehmungen der Privatwirtschaft, sondern auch eine zunehmende Zahl von öffentlichen Verwaltungen (z.B. Stadt München, Teile der Bundesverwaltung, Kanton Solothurn, etc.) für den Einsatz von Linux Software entschieden.

Nebst der technischen Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit waren für diese Entscheidungen vor allem auch die grössere Herstellerunabhängigkeit der IT-Infrastruktur und mehr Wettbewerb im Softwaremarkt ausschlaggebend.

Wir bitten die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. In welchem Umfang werden Linux-Systeme in der Verwaltung des Kantons St.Gallen derzeit eingesetzt?
2. Wie beurteilt die Regierung einen allfälligen Totalumstieg von Windows auf Linux und gibt es dafür Pläne?
3. Wie gross wäre das Sparpotential bei einer derartigen Umstellung?»

26. November 2003